

Caroline Bogenschütz*

Land und Kommunen diskutieren in Brüssel Grundsätze für die EU-Förderung 2021 bis 2027

Im Februar 2018 eröffnete der Minister der Justiz und für Europa, Guido Wolf MdL, eine Veranstaltungsreihe zu dem Themenkreis „Starkes Europa – Starke Kommunen“. Die Auftaktveranstaltung reflektierte die aktuellen Diskussionen auf EU-Ebene und widmete sich dem Mehrjährigen Finanzrahmen der EU (MFR) als Chance für Kommunen und Regionen. Die Veranstaltung fand in den Räumlichkeiten der Vertretung des Landes Baden-Württemberg in Brüssel statt.



Foto: Eric Berghem

„Starkes Europa – starke Kommunen“ war auch der Dreh- und Angelpunkt der Podiumsdiskussion. Dr. Paul Rübig pocht insbesondere auf strukturelle Vereinfachungen in den Regelwerken der Förderkulisse. V.l.: Dr. Paul Rübig, Mitglied des Haushaltsausschusses des EU-Parlaments; Roland Ries, Oberbürgermeister der Stadt Straßburg; Markus Grabitz, Korrespondent der Stuttgarter Zeitung in Brüssel; Roger Kehle, Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg; Oliver Dreute, Berater des European Political Strategy Centre.

In seiner Einführungsrede ging Wolf auf die kürzlich verabschiedeten „Eckpunkte des Landes Baden-Württemberg zum Mehrjährigen EU-Fi-

nanzrahmen nach 2020 (MFR)“ ein. Die Landesregierung unterstütze das Ziel der EU-Kommission, die EU-Förderprogramme im nächsten MFR stärker auf die Bereiche auszurichten, in denen ein hoher europäischer Mehrwert geschaffen werden kann. Zudem müsse es grundsätzlich möglich sein, die Auszahlung von EU-Fi-

nanzmitteln an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit zu knüpfen. Im Rahmen der EU-Strukturpolitik sei es weiterhin wichtig, auch die wirtschaftlich stärker entwickelten Regionen zu fördern. In der aktuellen Förderperiode 2014 bis 2020 rechnet Wolf damit, dass mindestens fünf Milliarden Euro an EU-Mitteln nach

* Caroline Bogenschütz ist Leiterin des Europabüros der baden-württembergischen Kommunen in Brüssel.

Deutsch-griechischer Austausch – aktuelle Beispiele

Hohenstein und Samothraki – solidarisch gegen das Hochwasser¹

Samothraki wurde Ende 2017 von einem schweren Unwetter heimgesucht. Der Hauptort „Chora“ wurde überflutet. Aufgerissene Straßen und weggeschwommene Autos prägten das Bild. Auch das Rathaus blieb nicht verschont und stand zeitweise unter Wasser. Das Unwetter vernichtete die gesamte Büroeinrichtung der Gemeinde.

Samothraki meldete Bedarf an Büroausrüstung – besonders an EDV-Technik – an. Der Zufall wollte es, dass zu diesem Zeitpunkt der Leasing-Vertrag für die gesamte EDV der Gemeinde Hohenstein auslief und dadurch relativ günstig käuflich erworben werden konnte. Durch eine Spende einer niederländischen Firma konnten die Mittel für die EDV-Technik aufgebracht werden.

Auch die Bürger von Hohenstein signalisierten Unterstützung. Eine ortansässige Firma stellte einen Mercedes Kastenwagen zur Verfügung, mit dem die Spende in Form von elf voll ausgestatteten Computern, einem Laptop sowie einer zusätzlichen Telefonanlage nach Samothraki transportiert werden konnte.

Bürgermeister Athanasios Vitsas betonte, welche Bedeutung die Spende für die Insel und ihre Bürger hat. Die Partnerschaft zwischen Samothraki und Hohenstein zeigt, wie sich die grenzüberschreitende kommunale Zusammenarbeit in der Praxis niederschlägt.

¹ Aus einem Kurzbericht der Deutsch-Griechischen Versammlung.

Kultureller Jugendaustausch von Trossingen und Korfu²

16 Schüler und vier Lehrer des Musikgymnasiums Korfu reisten im März 2018 zum schulischen und kulturell-musikalischen Austausch nach Trossingen. Auf den Besuch freuten sich das Musikgymnasium, die Musikschule und die Hochschule Trossingen. Das einwöchige Programm gab vielfältige Ansatzpunkte, um persönliche Verbindungen aufzubauen und in die Sichtweisen der anderen Seite einzutauchen: Gemeinsame Proben des ersten deutsch-griechischen Orchesters in Trossingen wechselten sich mit einem Empfang im Rathaus, dem Besuch des Museums Auberlehaus und des Deutschen Harmonikamuseums ab. Hoch- und Musikschule in Trossingen wurden besichtigt. Ebenso stand ein Besuch bei Europaminister Guido Wolf MdL sowie Staatsrätin Gisela Erler im Staatsministerium auf dem Programm.

Abschluss und Krönung der Woche in Trossingen war ein knapp zweistündiges Konzert, das von der Oper Carmen über „West Side Story“ bis hin zu einer Sarabande von Händel alles zu bieten hatte. Höhepunkt waren die gemeinsam vorgetragenen Nationalhymnen von Deutschland und Griechenland sowie die Europahymne. Ziel des aus dem deutsch-griechischen Sonderprogramm für kulturellen Jugendaustausch geförderten Besuchs war es, durch persönliche und kulturelle Begegnung Jugendlichen den Wert eines geeinten und friedlichen Europas näherzubringen.

In den Herbstferien ist ein Besuch der Schüler von Musikschule und Musikgymnasium Trossingen in Korfu geplant.

² Stadt Trossingen.

Baden-Württemberg fließen werden. Die Anregung von Gemeindetagspräsident Roger Kehle, den Bürgerinnen und Bürgern aufzuzeigen, wohin die EU-Mittel konkret geflossen sind, griff er auf: Ihm sei der Schulterchluss mit den Kommunen sehr wichtig. Ihrer Bedeutung müsse auch im nächsten MFR Rechnung getragen werden. Insgesamt wolle Baden-Württemberg als Impulsgeber für Europa fungieren.

Günther H. Oettinger, Kommissar für Haushalt und Personal, betonte in seiner Videobotschaft, dass er sehr an der Meinung des Landes und seiner Kommunen zur Zukunft der EU-Förderpolitik interessiert und zu vertiefenden Gesprächen bereit sei. Seinen Vorschlag für den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen will er am 2. Mai 2018 vorlegen. Durch den Austritt Großbritanniens als Nettozahler werde eine Einnahmelücke entstehen. Gleichzeitig seien Mehrausgaben, bedingt durch neue Herausforderungen in den Bereichen Migration, Sicherheit und Verteidigung absehbar. Sein Ziel sei es, die Lücke durch Kürzungen und durch zusätzliche Einnahmen für die EU zu schließen. Beispielsweise sind bei der Gemeinsamen Agrarpolitik und der Kohäsionspolitik Kürzungen um jeweils fünf bis zehn Prozent angedacht. Von wie vielen EU-Mitteln auch die stärkeren Regionen in Europa profitieren können, hänge von der Bereitschaft der Mitgliedstaaten ab, mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Interessenvertretung sollte sich vor diesem Hintergrund nicht nur an die EU-Institutionen, sondern auch an die Bundesebene richten.

Baden-Württemberg „mitten drin“ bei der Formulierung der künftigen EU-Förderpolitik

In der von Markus Grabitz, Korrespondent der Stuttgarter Zeitung in Brüssel, moderierten Podiumsdiskussion waren die Kommunen promi-

Den Bürgern vor Ort muss es möglich sein, noch klarer zu erkennen, wie stark das Land von den EU-Fördermitteln profitiert und welche Projekte im Einzelnen gefördert werden, fordert Gemeindetagspräsident Roger Kehle gegenüber Markus Grabitz, Moderator der Podiumsdiskussion.



Foto: Eric Bergheim



Foto: Eric Berghem

Die Zahlen belegen: Das Projekt „A5 – Achtung, Akzeptanz für Asylsuchende durch Arbeit und Ausbildung“ hat sich bereits bewährt, resümiert Raphael Walz, Bürgermeister der Gemeinde Gundelfingen.

ment durch Gemeindetagspräsident Roger Kehle und Roland Ries, Oberbürgermeister der Stadt Straßburg, vertreten. Wie sich die baden-württembergischen Kommunen mit ihren Vorstellungen zur künftigen EU-Förderpolitik in die Diskussionen auf EU-Ebene einbringen würden? Eine Frage, die Kehle unter Verweis auf sehr frühzeitige Gespräche mit dem Europaminister, der EU-Kommission und EU-Abgeordneten sowie auf die Funktion der Bürogemeinschaft der bayerischen, baden-württembergischen und sächsischen Kommunen beantwortete. Zu den Hauptanliegen zähle, dass die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds den baden-württembergischen Kommunen weiterhin als Fördermöglichkeit offenstehen. So könne Baden-Württemberg eine „Lokomotive für Europa“ sein und andere Regionen etwa durch die Entwicklung innovativer und übertragbarer Lösungen mitziehen. Auch die Wechselwirkungen mit den Märkten der

anderen Regionen wirkten in diesem Prozess als Katalysator. Andererseits bestünden auch in Baden-Württemberg große Herausforderungen, etwa im Bereich der Digitalisierung. Die Kommunalen Landesverbände Baden-Württembergs haben dazu ein konstruktives Gespräch mit Kommissar Oettinger geführt. Mit Blick auf den deutsch-griechischen kommunalen Wissenstransfer regte Kehle an, über neue Formen der Interreg-Förderung nachzudenken. Eine Förderung von mit Investitionen verbundenen Projekten, deren Projektpartner außerhalb der bisherigen Interreg-Räume liegen, wäre wünschenswert. Ries hob – auf Basis seiner Erfahrungen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Eurodistrict Strasbourg-Ortenau – die Europäische Territoriale Zusammenarbeit als wichtiges Laboratorium für Europa hervor. Dort, an der Rheingrenze, müsse im Übrigen auch der zweite Sitz des Europäischen Parlaments verbleiben. Einsparungs-

potential für den EU-Haushalt sah er hier nicht. Ries betonte ferner, dass nun – mit dem Ziel eines „Europas der Bürgerinnen und Bürger“ – die Gelegenheit bestehe, neue Wege zu gehen und Strukturen zu verändern.

Aktuelle Projekte: von Mobilität, Integration und „Spitze auf dem Land“

Mit der künftigen Ausgestaltung der EU-Förderung im Verkehrsbereich befasst sich derzeit die thematische Partnerschaft „Städtische Mobilität“ im Rahmen der EU-Städteagenda. Die Stadt Karlsruhe koordiniert die Partnerschaft zusammen mit der tschechischen Republik. Michael Obert, Bürgermeister der Stadt Karlsruhe, beschrieb in seinem Impulsvortrag: Es gehe darum, den Aufwand für die Kommunen zu reduzieren sowie die Mittel zielgerichteter einzusetzen. Der Fokus solle dabei auf der nachhaltigen Mobilität liegen.



Foto: Eric Berghem

Es war für alle Teilnehmer ein konstruktiver Austausch: v.l.: Dr. Paul Rübiger, Mitglied des Haushaltsausschusses des EU-Parlaments; Roger Kehle, Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg; Raphael Walz, Bürgermeister der Gemeinde Gundelfingen; Guido Wolf MdL, Minister der Justiz und für Europa Baden-Württemberg; Dr. Matthias Neth, Landrat des Hohenlohekreises; Michael Obert, Bürgermeister der Stadt Karlsruhe; Roland Ries, Oberbürgermeister der Stadt Straßburg; Oliver Dreute, Berater des European Political Strategy Centre; Markus Grabitz, Korrespondent der Stuttgarter Zeitung in Brüssel.

Raphael Walz, Bürgermeister der Gemeinde Gundelfingen, stellte das durch den Europäischen Sozialfonds geförderte Integrationsprojekt „A5 – Achtung und Akzeptanz für Asylsuchende durch Arbeit und Ausbildung“ vor. Inhalt des Projektes seien vielseitige Beratungsangebote und das Herstellen von Kontakten zu den Arbeitgebern und Helferkreisen. Dank der Unterstützung der EU sei es gelungen, zahlreiche geflüchtete Menschen in

den Arbeitsmarkt und damit in die Gesellschaft zu integrieren. Projektpartner sind der Caritasverband und acht Gemeinden im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald.

Dr. Matthias Neth, Landrat des Hohenlohekreises, präsentierte das Innovationsprojekt „Spitze auf dem Land! Technologieführer für Baden-Württemberg“. Es wird mit Mitteln aus dem Europäischen Fonds für regiona-

le Entwicklung (EFRE) gefördert. Der Hohenlohekreis sei zwar Sitz zahlreicher Weltmarktführer, allerdings weise er einen schwachen Innovationsindex auf. Um Innovationen realisieren zu können, erhielten zwei kleinere Unternehmen im Landkreis jeweils 200.000 Euro an EFRE-Mitteln, die um Landesmittel in gleicher Höhe ergänzt wurden. Die EU-Förderung eröffnet große Zukunftschancen für die ländlichen Räume, die den Mehrwert Europas für die Menschen auch ganz konkret greifbar machen, so Neth.

Augenmerk auf unterschiedliche Bedarfslagen und Mut zu strukturellen Vereinfachungen

Auf dem Podium begrüßte Oliver Dreute, Berater des European Political Strategy Centre (EPSC), die Projektbeispiele. Das EPSC ist dem Kommissionspräsidenten direkt zugeordnet. Die Beispiele verdeutlichten, dass den sehr unterschiedlichen Bedarfen in der EU Rechnung zu tragen sei. Unterscheidungen seien zudem bei der Intensität der Kontrollen sinnvoll.

Paul Rübiger, Mitglied des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments, forderte darüber hinaus von allen Seiten Mut zur Unvollständigkeit, um strukturelle Vereinfachungen für die neuen Regelwerke zu erreichen. Um experimentellen Projekten Raum zu geben, schlug er ergänzend vor, Preise allein schon für Ideen auszuloben. Des Weiteren machte er darauf aufmerksam, dass dieses Mal ein besonderer Zeitdruck für die Verhandlungen über den MFR und die Verordnungen für die zahlreichen EU-Förderinstrumente bestehe: Eigentlich müsste eine Einigung bereits bis März 2019, das heißt vor dem Europawahlkampf, erzielt werden.

Die Kommunalen Landesverbände werden sich mit ihrem Europabüro weiterhin aktiv in den Diskussionsprozess einbringen. ■

EU-Förderung von Integrationsprojekten – weitere Informationen

Bereits im Oktober 2017 organisierten die baden-württembergischen Kommunen, der Deutsche Städte- und Gemeindebund sowie die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege ein Brüsseler Fachgespräch zur EU-Förderung von Integrationsprojekten als wichtigem Teilbereich des Mehrjährigen Finanzrahmens. Hierzu wurde auch eine Informationsbroschüre herausgegeben, die unter <https://www.europabuero-bw.de/node/64> abrufbar ist.



Foto: Europabüros der baden-württembergischen Kommunen und des DSTGB